

# Presseinformation

**// GESCHÄFTSFÜHRUNG //**

Bremen, 18.02.2016

Andreas Staets

Seite: 1 von 1

## **Personalversammlung der Schulen fordert von der Bildungsministerin ein Konzept zur Flüchtlingsintegration bis zu den Osterferien**

**Senatorin Claudia Bogedan nahm heute an der von über 2500 Beschäftigten besuchten Personalversammlung der Bremer Schulen teil und wurde dort über die aktuelle Situation in den Schulen informiert. Es wurde auf der Personalversammlung massiv kritisiert, dass von ihrer Behörde noch immer kein Personal- und Raumkonzept für die Integration der Flüchtlingskinder erarbeitet worden ist. Der Vorsitzende des Personalrats Schulen Arno Armgort (GEW) forderte sie auf, bis zu den Osterferien dieses Konzept vorzulegen und schnell zusätzlich 200 Lehrkräfte und 80 Sozialpädagog\*innen einzustellen.**

Laut Eckwertebeschluss des Senats soll über die finanzielle Ausstattung der Flüchtlingsintegration erst in einem Nachtragshaushalt entschieden werden. Die Schulen brauchen jedoch Planungssicherheit für das nächste Schuljahr und sofortige Unterstützung, so GEW-Landesvorstandssprecher Christian Gloede. „Die Kinder und Jugendlichen sind jetzt in den Schulen, befinden sich jetzt in Ausbildung. Sie brauchen jetzt die notwendige Unterstützung, ihr Erwachsenenleben ggf. in einem fremden Land vorzubereiten.“

Die in der Haushaltsplanung des Senats vorgesehene Einstellung von 200 Lehrkräften in Bremen und Bremerhaven sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, reiche aber längst nicht aus. Das Doppelte wäre nötig, um die Schüler/Lehrer-Relation der anderen beiden Stadtstaaten zu erreichen und die Ausstattungsdefizite im Bereich der Inklusion zu reduzieren. Der Zusatzbedarf für die Flüchtlingsintegration bestehe darüber hinaus und erfordere jetzt zusätzliche 280 Stellen für die Stadt Bremen.

Eine Nichterfüllung der Mindestforderungen aus den Schulen zur Flüchtlingsintegration führe zur weiteren massiven Verschlechterung der Arbeits- sowie der Lernbedingungen. Die Inklusion, die von Beginn an personell, materiell und strukturell nicht ausreichend ausgestattet war, ist ernsthaft gefährdet. Dies zeige der Brief der Grundschulleitungen aus dem Bremer Westen auf, betonen Armgort und Gloede.

Die Personalversammlung fordert eine Neuberechnung des Zusatzbedarfs für die Inklusion unter Einbeziehung der Schulen und eine bisher fehlende, bereits vor einem Jahr zugesagte Evaluation.

Damit Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte den aktuellen Anforderungen in der Praxis gerecht werden können, fordert die GEW von Senatorin Bogedahn, unverzüglich Schritte für bessere Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte einzuleiten. „An vorderster Stelle ist die Absenkung der Unterrichtsverpflichtung sowie eine erhöhte Zuweisung an Kooperationsstunden zu nennen, um gemeinsamen Unterricht auch gemeinsam vorbereiten zu können“, so Gloede.

Für Nachfragen steht zur Verfügung Christian Gloede: 0174-9790755

GEW-Landesverband Bremen • Pressestelle

verantwortlich: Andreas Staets • E-Mail: [staets@gew-hb.de](mailto:staets@gew-hb.de)

- Hintergrundinformationen zum zusätzlichen Einstellungsbedarf: s. Anlage -